

Nein zu Lohndumping und Sozialabbau!

Kampf um jeden Arbeitsplatz!

Sozialistische Linkspartei / SLP
Österreichische Sektion des CWI/KAI
Kaiserstraße 14/11; A-1070 Wien
Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63
E-Mail slp@gmx.at

Semperit Traiskirchen, Internorm, Wiener Verlag, ATB Flender und Steyr Antriebstechnik - Während Österreichs Manager 1995 einen Einkommenszuwachs von saten 13 Prozent hatten, werden immer mehr Belegschaften mit Nulllohnstunden und sogar Lohnkürzungen beglückt. Bei der Steyr-Antriebstechnik (SAT) einigten sich gar der Betriebsratsvorsitzende, der MBE-Landessekretär und MBE-Vorsitzender Rudolf Nürnberger auf eine zehnprozentige Lohnkürzung für die SAT-Beschäftigten als Alternative zu der vom Vorstand angepeilten Einsparung von 153 Millionen Schilling Personalkosten.

Peter Haumer
(Betriebsrat/Bereich MBE)

Immer öfter sehen wir, daß die Gewerkschaftsführung den Kapitalisten die Mauer macht bei Lohnreduktionen und Arbeitszeitflexibilisierung. Dies geschieht im Namen der Standortsicherung. Die SPÖ- und ÖGB-Spitze übernehmen damit die Spielregeln des kapitalistischen Konkurrenzkampfes als Grundlage ihrer angeblich „arbeitsplatzsichernden“ Politik. Damit spielen sie aber - entgegen allen Beteuerungen - fleißig mit

Die Kosten der deutschen Elektronikindustrie liegen bis zu 50% über denen amerikanischer und japanischer Konkurrenten. Die Hälfte dieses Kostennachteils geht auf nicht fertigungsgerechte bzw. kundengerechte Produktgestaltung zurück, ein großer Teil wird durch unumständliche Geschäftsabläufe verursacht, nur 3% entfallen auf die höheren Arbeitskosten. (Arbeit&Wirtschaft Mai/1996)

bei Lohn- und Sozialdumping, bei Arbeitsintensivierung und damit letztlich auch Arbeitsplatzvernichtung. Der neue Präsident der Industriellenvereinigung, Peter Mitterbauer, schlägt den Gewerkschaften dann auch gleich eine „neue kreative Allianz für Österreich“ vor.

„Allianz gegen Arbeitnehmer“

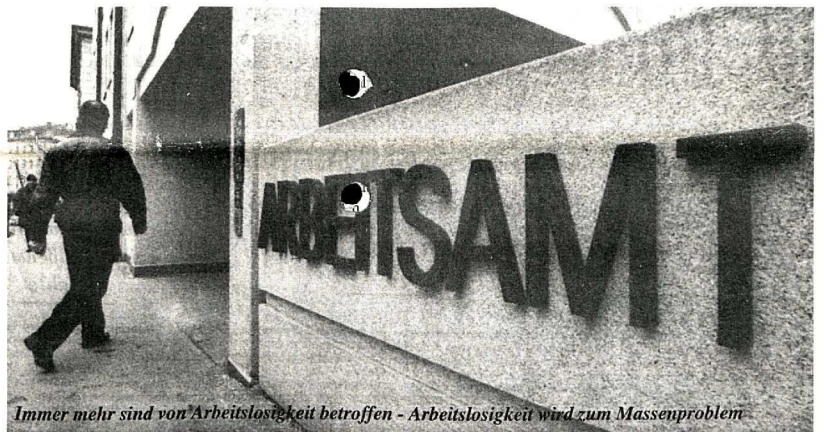
„Wir müssen die bewährte Sozialpartnerschaft in eine mutige, innovative Zukunftspartnerschaft umgestalten, die sich nicht scheut, notwendige Anpassungen vorzunehmen“, meint der neue Industrie-Präsident, und fügt gleich hinzu, daß sich diese vor allem auf betrieblicher Ebene eta-

blieren sollte. Schon in der Vergangenheit machten Unternehmer klar, was sie damit meinten: Aufweichung von flächendeckenden Kollektivverträgen, Ausnahmeregelungen und innerbetrieblicher Sozialabbau. Mitterbauer erteilt damit aber auch den Wünschen seines Vize, Hellmuth Longin, der eine dreijährige Null-Lohnrunde forderte, eine berechnende Absage. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß Mitterbauer sich nicht auch einen dreijährigen Lohnstopp wünschen würde. Aber alleine die Gefahr einer sozialen Explosion wäre zu groß, um daran gegenwärtig

weitere Gedanken verschwenden zu wollen. Weiters könnte die Gewerkschaftsführung nicht so ohne weiteres mitziehen, auch wenn sie gewillt ist, alles für die Arbeitsplätze“ zu machen falls notwendig auch einen dreijährigen Lohnstopp. Aber die Mitgliedschaft würde dies voraussichtlich nicht akzeptieren. Ein gewaltiger Loslösungsprozeß von der gegenwärtigen Gewerkschaftsführung wäre nicht auszuschließen.

Lohnnebenkosten senken?

Also muß alles so weiter laufen, wie es Kapital und Gewerkschaftsführung ohnehin schon praktizieren, nur noch intensiver, noch breitflächiger: Lohnreduktionen, Arbeitszeitflexibilisierungen und Arbeitsintensivierungen auf innerbetrieblicher Ebene, mit



Immer mehr sind von Arbeitslosigkeit betroffen - Arbeitslosigkeit wird zum Massenproblem

federführender Mitwirkung der Betriebsratskörperschaften und Gewerkschaftsverantwortlichen! Doch bei den Lohnnebenkosten will Mitterbauer zentral den Hebel ansetzen. Klar, weil es dezentral nicht geht. Die Lohnnebenkosten will er stabilisieren und in Folge senken. Doch für die Wirtschaft gehören Sonderzahlungen wie 13. und 14. Monatsbezug, Krankengeld usw. ebenfalls zu den Lohnnebenkosten. Wenn die Wirtschaft also von Senkung der Lohnnebenkosten redet, dann planen sie wieder einmal einen Raubzug gegen den 13. und 14. Monatsbezug, das Krankengeld usw. Dieser Raubzug ist aber nicht so ohne weiteres erfolgreich zu Ende zu führen. Dazu wird die „kreative Allianz für Österreich“ gebraucht. „Wir müssen versuchen die Arbeitnehmervertreter ins Boot zu nehmen und gemeinsam zu agieren“, erklärt Mitterbauer, denn nur so könne die Wettbewerbsfähigkeit gewahrt und damit längerfristig wieder Arbeitsplätze geschaffen werden.

Arbeitszeitverkürzung!

Von Arbeitszeitverkürzung will der Industrie-Präsident nichts wissen, denn „die Arbeit ist als solche vergrößerbar, der Kuchen muß nicht neu verteilt werden“. Ist auch logisch, denn wenn der Standort Österreich interna-

tional konkurrenzfähig geworden ist, heißt dies, daß viele andere Länder niederkonkurriert worden sind, und die Arbeitslosigkeit dorthin exportiert werden kann. Die Lohnarbeit in Österreich hätte sich dann, aufgrund des hier betriebenen Lohn- und Sozialdumping, vergrößert, und damit in vielen anderen Ländern abgenommen. Das Gesamtvolumen an Lohnarbeit wächst nämlich schon längst nicht mehr. Hingegen wächst die Arbeitslosigkeit, selbst in Zeiten des

Wirtschaftsaufschwunges. Auf nationalstaatlicher Ebene, entlang des Standort- und Konkurrenzdenkens, kann es daher keine wirksame Lösung geben! Nur durch die internationale Zusammenarbeit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gegen die Standort- und Konkurrenzlogik und für eine radikale Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust sind daher auch dauerhaft neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Arbeitslosigkeit erfolgreich zu bekämpfen!

- ⇒ **Sofortige Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn!**
- ⇒ **Mindestlohn von öS 13.000.- netto!**
- ⇒ **Nein zum gegeneinander Ausspielen von Arbeitnehmerinnen!**
- ⇒ **Internationale gewerkschaftliche Aktionen!**

Der Standpunkt:

Freier Wettbewerb im Kapitalismus am Beispiel des Mediaprintkonzerns:

1) Vielfalt: Medienpluralität (Krone, Kurier, ... erreichen mehr als 75 Prozent aller Österreicher über dem vierzehnten Lebensjahr.)

2) Wettbewerb: Die Dichte der Konzentration ermöglicht ein Zustellensnetz und Anzeigenpreise, mit welchen jeden vertriebenen Konkurrenten die Luft abdreht werden kann (beliebt ist das "Power-Pack" - gleichlautende Anzeigen werden zum Spezialtarif in Krone und Kurier geschaltet).

3) Fairness: Sollte Punkt zwei ausreichen, werden unliebsame kleinere Zeitungen mit Klagen eingedeckt - wie jüngst beim "Falter" geschehen. Oder man hetzt solange gegen Linken Medien, bis diese - im Gegensatz zur Kronenzeitung - ihre Presseforderung verlieren.

4) Gleichheit: Der Arm des Konzerns ist offensichtlich lang. So lang, daß ein Brief von Krone-Herausgeber Dichand an die Abgeordneten das schafft, was hunderte tausende Studenten nicht erreichen - ein Aufsichtsen des Sparpakets. Die Koalition beschloß - quasi exklusiv für die Mediaprint - eine Ausnahmeregelung für Zeitungskontakte bei den neuen Bestimmungen für Werkverträge. Das erspart der Mediaprint rund 70 Millionen pro Jahr.

5) Perspektive: Mit dem vielen Geld, das die Mediaprint dann auch flugs in die "Zukunftsbereiche" einsteckt, Ob "Handies" (O-Call-Netz) oder Privatdruckerei - "KroKroWa" ist immer dabei.

Medienvolksbegehren Gegen die Medienkonzentration hat sich unter Mitwirkung des Chefs der Journalistengewerkschaft, Franz C. Bauer, "SOS Medienfreiheit" gebildet. Ziel dieser Initiative ist es, ein medienpolitisches Volksbegehren einzuleiten. Die Mediaprint - und in erster Linie die Kronenzeitung - ist ein mächtiger politischer Faktor in Österreich, der direkt gegen aktive Gewerkschafter und Linke agiert. Die Perspektive, daß nach der Abschaffung des Rundfunkmonopols Staberl-TV, Wolf-Martin-Radio und Cato-Channel ihre Ergüsse in die Hirne erbrechen, ist beängstigend. Aktionen gegen die Mediaprint sind deshalb prinzipiell nichts Schlechtes.

Was tun gegen die Mediaprint? Das Problem, daß mächtige Konzerne immer mächtiger werden, ist ein grundlegender Mechanismus des Kapitalismus - auch im Medienbereich. Bekämpften kann man das Diktat der Konzernpressen deshalb in erster Linie mit politischen Mitteln. Das Volksbegehren klammert hier aber wesentliche Punkte aus. Die Zerschlagung des ORF-Monopols - ein gewaltiger medienpolitischer Rückschritt - wird nicht in Frage gestellt. Bauer hält es weiters nicht einmal für möglich, die Mediaprint ausdrücklich zu erwähnen. Da eine (vermeintlich) die Allianz von Profijournalisten bis zu Herausgebern wie dem Gewerkschaftsfunktionär Kurt Falk, mehr Vielfalt und Objektivität bringen wird, ist ein Irrglaube. Die Frage ist, ob es gelingt, eine politische Mobilisierung gegen die Allmacht von rechten Blättern wie "Krone" und "Täglich Alles" auf die Beine zu stellen. Ein wichtiger Punkt dabei wäre, daß es für die Arbeitnehmer betrieblicher Konzerne keine Verschlechterungen geben darf. Eine solche Kampagne könnte - getragen von Gewerkschaften, Druckern und linken Journalisten - durchaus erfolgreich sein.

Veröffentlichung gemäß des Bundesgesetzes vom 2. Juli 1975 über die Aufgaben, Finanzierung und Wahlprüfung politischer Parteien (Parteiengesetz), Artikel I, §4: SAZUNG DER SOZIALISTISCHEN OFFENSIVE VORWÄRTS

1) Die politische Partei, FÄHIGKEITSBEREICH 1) Die politische Partei, FÄHIGKEITSBEREICH

2) Zweck der SOV ist der Zusammenschluß von Menschen zur Erarbeitung und politischen Durchsetzung sozialer und politischer Ziele

3) Die SOV beabsichtigt u.a. allein oder in Verbindung mit anderen Organisationen mit ähnlichen politischen Zielen, durch die Teilnahme an Wahlen an der politischen und demokratischen Willensbildung mitzuwirken.

4) AUßERUNG DER FINANZIELLEN MITTEL

1) Die Finanzierung der SOV erfolgt durch Mitgliedsbeiträge, Spenden, Abgaben politischer Funktionäre, Verkauf von Publikationen, u. a. Zuwendungen öffentlicher Stellen, Sachspenden (Büromaterial u. a.)

2) Die Mittel dienen zur Deckung der Kosten der SOV.

3) Die SOV ist berechtigt, von Zuwendungen, die ihre Mitglieder für die Ausübung politischer Tätigkeiten erhalten, Beiträge, zusätzlich zu den Mitgliedsbeiträgen, einzunehmen.

4) MITGLIEDER 1) Mitglieder der SOV können alle Personen werden, die sich zu den Zielen und zum Programm der SOV bekennen, zur regelmäßigen

Trotz Einem: Alles beim Alten

Var nunmehr drei Jahren beschloß die SPÖ-ÖVP Koalitionsregierung die schärfsten Ausländergesetze Europas. Von der freiheitlichen Partei vor sich hergetrieben und unfähig, die sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen, suchte die Regierung wieder einmal die Lösung über den "einfacheren" Weg, und verabschiedete menschenverachtende Gesetze.

Karin Wattawa, JRE-Bundesverantwortliche

Doch damit nicht genug. Im Frühjahr 1996 - pünktlich vor den Wiener Wahlkampf bietet sich ein ähnliches Bild. Vor allem die SPÖ versucht im Hinblick auf den Herbst mit neuen, noch härteren Gesetzen die eine oder andere Stimme in den traditionellen Arbeiterbezirken Wiens zu retten. Eine Politik, mit der sie schon in der Vergangenheit mehr als einmal erst recht die Leute den Freiheitlichen in die Arme getrieben hat.

Kurzum, die Gesetzesnovellen von 1996 überflügeln, trotz einiger Erleichterungen (tatsächlich nur die Angleichung an die Menschenrechtskonvention), die bis jetzt gültigen Bestimmungen in ihrer Schärfe. Die massivsten Änderungen betreffen das Asylgesetz. Aber auch das Ausländerbeschäftigungs- und Aufenthaltsgesetz sind mit groben Verschlechterungen gespickt. In zwei den Gesetzesnovellen im Einzelnen (zu aussaugende):

1) Die Landes eingetragene Asylverfahren, die neue Regelung sieht vor, daß die Menschen, die aus ihrem Land flüchten mußten und in Österreich um Asyl ansuchen, doch nicht nur freigelegene Asylverfahren gehören zur freigelegenen Politik. F-Spitzengleich wie der Wiener Landeschef Pawkovic sind sich nicht zu bild in ein und der selben TV-Sendung zu präsentieren.

Wenn nach Meinung der Behörden "Sicherheit im Drittländ" vorliegt (z.B. auch in der Türkei oder im Iran) oder der Asylantrag offensichtlich

unbegründet" gestellt wurde, wird die betreffende Person sofort zurückgewiesen.

Weiters wird eine generelle Ausweispflicht für alle in Österreich lebenden Ausländerinnen und Ausländer eingeführt (alte Forderung der Freiheitlichen).

Bei jeder gestatteten Einreise verringert sich die Quote automatisch um vier Personen (dabei gibt es ab jetzt das Recht, die Familie mitzunehmen). Bis jetzt bestand die Regelung, daß die Polizei jederzeit in eine Wohnung eindringen darf, wenn sie dort illegale AusländerInnen vermutet. Diese Regelung bleibt bestehen, hinzu kommt die Ausdehnung der Gesetzeskraft auf die Arbeitsstätten, wobei weiters nicht auszuschließen ist, daß von Arbeitgeber illegalen Arbeitnehmer nicht eingeworben werden kann. Kein Wunder, daß ÖVP-Rechtsanwalt Kohl keine Probleme hatte, in trauter Eintracht mit Innenminister Einem die Neuregelung der Gesetze zu präsentieren.

Neues F-Begehren

Trotz der neuerlichen Verschärfung der Ausländergesetze macht Jörg Haider Panik. Angeblich drohe eine „neue Ausländerflut“. Doch nicht nur freigelegene Asylverfahren gehören zur freigelegenen Politik. F-Spitzengleich wie der Wiener Landeschef Pawkovic sind sich nicht zu bild in ein und der selben TV-Sendung zu präsentieren.



Ein neuer Eisener Vorhang wird errichtet

verlauthen, daß sie prinzipiell "eh" für Integration sind, aber "Familienzusammenführung kein Menschenrecht" ist. Haider hat angekündigt neuerlich ein Anti-Ausländerbegehren in die Wege leiten zu wollen.

1993 erhielt die Haider-FPO durch die erfolgreiche Gegenmobilisierung von hunderten Menschen ihre erste empfindliche Niederlage: Nur 400.000 unterschrieben den rassistischen Aufruf der F. Es ist zu befürchten, daß im Gegensatz zu damals, vor allem SPÖ und Gewerkschaftspolitiker ein derartiges "Volksbegehren" als ungefährlich abtun. Das wäre besonders fatal, weil Haider sein neues Begehren mit einem Aufruf zum Gewerkschaftsaustritt verbinden will. Der ÖGB betreibt nämlich, so Haider, eine zu ausländerfeindliche Politik. Gegen einanderregende Frontalangriff muß die Gewerkschaft eine breite Gegenkampagne organisieren. Ob der Kampf gegen die Zerschlagung des ÖGBs, oder ausländerfeindliche Politik - hier geht es um elementare gewerkschaftliche Interessen.

Das erste Monat SOV

Am 3.Mai 1996 wurde im Kongreßhaus in Wien die Sozialistische Offensive Vorwärts - SOV gegründet. Über 150 Interessierte waren gekommen und die Stimmung war enthusiastisch.

erfolgreiche SOV-Gründungsveranstaltungen.

Aber das alles war nur der Start: Ab nun gibt es regelmäßige Treffen der SOV-Ortsgruppen (siehe Seite 6).

Fünf in Wien und je eine in NO und O, Diskussionen wird es geben, aber vor allem auch praktische Arbeit. Gegen Sozialabbau und Rechtsruck - und für eine neue, bessere Gewerkschaft.

Der Raum - mit 120 Sitzplätzen - war überfüllt. Aber trotz der drückenden Hitze hatten die Besucher bis zum Ende der Veranstaltung aus, gekommen waren Jugendliche, Betriebsräte und Widerstandskämpfer, Inländer und Ausländer und viele, die wir noch nicht kennen.

Alle Funktionäre der SOV sind jederzeit willig und abwählbar, werden aber spätestens auf der nächsten entsprechenden Sitzung neu gewählt.

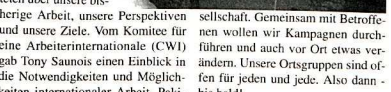
10) Funktionäre der SOV können nur Mitglieder der SOV werden.

11) Sollte ein Mitglied der SOV eine bezahlte politische Funktion übernehmen, so soll sich jeweils höheren Gremium Einspruch erheben können.

12) Zeichnungsberechtigt ist der/die Bundessekretär/in bzw. der/die Bundesprescher plus einem Mitglied der Bundesleitung.

7) BESCHLUSSFAHUNG 1) Alle Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefaßt.

8) MINDERHEITEN 1) Mitglieder, die bei Abstimmungen in der Minderheit bleiben, haben das Recht, ihren Sie ist das höchste Organ der Organisation erneut zur Diskussion zu stellen.



Kongreß: Eigentümer, Herausgeber und f.d.l. v. Wien-VORWÄRTS im sozialistischen Demokratie, 1992 Wien

Druck: Diskret Druck, 1010 Wien, Wippenberg 23

Postprivatisierung: Flexible Arbeitszeiten: "Jetzt gehts los" Die neue Freiheit?

Wie im Regierungsbereinkommen steht, soll die Post an die Börse. Die neue Postbetriebsgesellschaft - die Muttergesellschaft der neuen Post und Telekom AG (PTAG) - wird bezeichnerweise von den ÖIAG-Managern Karl Hollweger und Erich Becker gemagt werden. Die Post geht also einem „VOEST-Schicksal“ entgegen.

von Michael Gehmacher SOV-Gewerkschaftsreferent

Die laufenden Pragmatisierungsverfahren werden aufgehoben. Außerdem werden der Post 110 Milliarden Schulden abgebürgelt, die satten Telefongehälter müßten ja immer an den Finanzminister abgeliefert werden. 7500 Dienstposten sollen abgebaut werden. 2000 werden davon höchstwahrscheinlich Kündigungen sein. Überflut wird auch die Schließung von 800 der 2300 Postämtern.

In Salzburg sind 200 Stellen im Fernmeldebereich vom Abbau bedroht, weil das Salzburger Fernmeldebetriebsamt in die Postdirektion Linz abwandern soll.

1994 unterschrieben noch 730.000 gegen die Privatisierung der Post auf einer Unterschriftenliste der Postgewerkschaft. Was heute von dieser verschwiegen wird. Im Februar war der Unmut über das Beamtenparagrafen so groß, daß die Gewerkschaft sich veranlaßt sah, einen Gesprächskreis mit der Regierung nicht verschmerzen und ein besseres Besoldungsrecht für die Postler auszuhandeln. Die Postgewerkschaft hat eine enorme Chance vertan und ihre Mitglieder im Stich gelassen. Wie das Verhandeln gelaufen ist, erkennt man daran, daß beim heurigen 1. Mai die oberösterreichische Postgewerkschaft ihre Mitglieder dazu aufrief, nicht mit der SOV auf den 1. Mai zum Wahlkampf. "Wir werden nicht zulassen, daß die Post an ausländische Konzerne verschleudert wird!"

Streiktag für den 29.2. auszurufen. Dieser wurde aber "rechtzeitig" wieder abgeblasen. Man wolle sich das



Maternityer fordert eine maximale Normalarbeitszeit von 50 Wochenstunden, in der (eh klar) keine Überstundenzuschläge bezahlt werden. Die tägliche Normalarbeitszeit sollte zehn Stunden betragen. Es folgt auch gleich der Vorschlag eines Jahresarbeitszeitmodells. Dabei sollen die im Sommer anfallenden Überstunden nicht ausbezahlt, sondern für den Winter angearbeitet werden. Damit könnten dann im Winter durch „Zwangsurlaub“ zwei beschäftigungslöse Wochen überbrückt werden. Dies hätte für die Arbeitnehmer Einkommenseinbußen zur Folge.

Weiters haben sich Gewerkschaft und Bauwirtschaftsbesoz auf ein Bauarbeitergesetz geeinigt. Im Sommer wird jetzt eine Wochenarbeitszeit von 45 Stunden zugelassen. Im Winter wollen die Unternehmer zwei wochenlang an Beschäftigung durch „obligatorischen Urlaubskonsum“ übereinbringen. Die Nichtauszahlung der Überstundenzuschläge im Sommer bedeutet einen Einkommensverlust bis zu 65.400,00,- je Baubearbeiter/Jahr. Besonders „interessante“ Vorschläge kommen von Richard Klein (IBM-Europa). Er fordert die völlige Auf-

Der steirische ÖVP-Abgeordnete Steibel wärme mit seinem Vorstoß zur Verlängerung der täglichen Normalarbeitszeit auf 10 Stunden, eine alte Forderung der Wirtschaftskammer neu auf.

hebung gesetzlicher Überstundenbeschränkungen sowie die Abschaffung der Arbeitszeit als Entlohnungsgrundlage, zumindest für hochproduzierende Mitarbeiter. „Die Vereinbarung von mehrbaren Erfolgskriterien für bestimmte Projekte wäre die bessere Basis für die Bezahlung“.

von Romana Felix, Origruppe Wien Nord

Arbeitszeiten bereits frei. Gewerkschaft und Arbeiterkammer sind prinzipiell zu Verhandlungen bereit. Wichtigster Streitpunkt ist nur mehr die Frage, wer die Gesetzesorgane dann konkret umsetzen darf. Die Gewerkschaften fordern, daß es zuerst in der Kollektivverträgen zu Vereinbarungen kommen muß, bevor die Firmen ihrerseits entsprechende Regelungen einführen dürfen. Die Wirtschaftskammer will erreichen, daß die Betriebe direkt und ohne genaue Vorgaben mit den Firmen neue Arbeitszeitmodelle aushandeln dürfen.

neuen Arbeitszeitregelungen herumschlagen. Gerade in Zeiten in denen die Arbeitslosenzahlen immer weiter steigen, wäre es sinnvoller, die alte Gewerkschaftsforderung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wieder aufzunehmen, anstatt über neue Modelle zu verhandeln, die Mehrarbeit bedeuten. Aber um „Österreich als Wirtschaftsstandort nicht zu gefährden“ und drohenden Abwanderungen auszuweichen, läßt sich die Gewerkschaft Schritt um Schritt zurückdrängen.

Arbeitszeiten bereits frei. Gewerkschaft und Arbeiterkammer sind prinzipiell zu Verhandlungen bereit. Wichtigster Streitpunkt ist nur mehr die Frage, wer die Gesetzesorgane dann konkret umsetzen darf. Die Gewerkschaften fordern, daß es zuerst in der Kollektivverträgen zu Vereinbarungen kommen muß, bevor die Firmen ihrerseits entsprechende Regelungen einführen dürfen. Die Wirtschaftskammer will erreichen, daß die Betriebe direkt und ohne genaue Vorgaben mit den Firmen neue Arbeitszeitmodelle aushandeln dürfen.

Die neue Freiheit?

Ein schwacher Betriebsrat hätte dann für die betroffenen KollegInnen schlimme Folgen.

Kulant zeigt sich die Gewerkschaft bei den Reformen der Ladenöffnungszeiten. Die derzeit Beschäftigten sollen zu denselben Arbeitszeiten werden wie bisher weiter arbeiten. Neue eingetretene KollegInnen müssen sich dann allerdings mit den



Das Jahresarbeitszeitmodell wurde von Unheimlichem wieder zurückgewickelt

neuen Arbeitszeitregelungen herumschlagen. Gerade in Zeiten in denen die Arbeitslosenzahlen immer weiter steigen, wäre es sinnvoller, die alte Gewerkschaftsforderung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wieder aufzunehmen, anstatt über neue Modelle zu verhandeln, die Mehrarbeit bedeuten. Aber um „Österreich als Wirtschaftsstandort nicht zu gefährden“ und drohenden Abwanderungen auszuweichen, läßt sich die Gewerkschaft Schritt um Schritt zurückdrängen.

Hat der Baulöwe ausgebrüllt?

Mehr als 8.000 Beschäftigte zählte der Baukonzern Maculan in seiner Glanzzeit. Jetzt ist es nicht einmal die Hälfte. Österreichs ehemals zweitgrößte Baugruppe ringt um ihre Existenz. Der Wiener Multimilliardär Andreas Maculan hat bei seiner Expansio nach Deutschland und in die Slowakei Schulden in Höhe von 13 bis 15 Milliarden Schilling angehäuft. Die Krise der Bauwirtschaft in Mitteleuropa - weniger Aufträge, weniger Einnahmen, verstärkte Konkurrenz - hat die Banken alarmiert. Bank Austria, CA und Raiffeisen haben - als Hauptgläubiger - den Kreditahnh zugedröh.

von Sergej Lang Redaktionsmitglied der SOAL-Zeitung „Die Linke“

Über ihre Baubeteiligungen - die Bank Austria ist Mehrheitsaktionär bei der Port, die CA bei der Unersale und Raiffeisen bei der Era-Bau - wollten sie sich die Perle der Maculan-Gruppe, die Hofman&Maculan Bau AG, sichern. Diese nur in Österreich tätige Gesellschaft ist gut ausgelastet und schreibt Gewinne. Derzeit beschäftigt sie knapp 1850 Arbeiter und Angestellte. Doch das Angebot für sie mit rund 65.0 Millionen angesichts angemeldeter Forderungen von 5 Milliarden Schilling lächerlich gering. Für Maculan wäre dies persönlich das Aus gewesen. Denn seine anderen noch verbleibenden Firmen - der Großteil wurde

net werden, ist eine Bezahlungsquote von nur 20 Prozent hat. Ein Konkurs würde allerdings das umkehrbare Aus für den Maculan-Konzern bedeuten. Maculan selbst - verheiratet mit „Gräfin“ Goess - Saurau - hat allerdings persönlich ausgesetzt. Das Familienvermögen wird auf 3-4 Milliarden Schilling geschätzt.

Freilich, auch in die Aussicht gestellten 500 Mrd. S sind nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die Einlösung der Ausgleichsquote von 40 Prozent würde einen Verzicht auf mehrere Milliarden Schilling durch die Banken, Versicherungen und Lieferanten erfordern. Einmalen wir uns nur daran, daß allein für die Bau AG 5 Mrd. S an Forderungen bei Gericht angemeldet wurden sind. Die Maculan Holding AG als Mutterkonzern der Bau AG kommt auf weit höhere Schulden. Als möglicher Käufer für die Hol-

terentügelte Entscheidung getroffen werden. Kann sein, daß Maculan nur Verzicht auf mehrere Milliarden Schilling durch die Banken, Versicherungen und Lieferanten erfordern. Einmalen wir uns nur daran, daß allein für die Bau AG 5 Mrd. S an Forderungen bei Gericht angemeldet wurden sind. Die Maculan Holding AG als Mutterkonzern der Bau AG kommt auf weit höhere Schulden. Als möglicher Käufer für die Hol-

ding wird die Berliner Baugruppe Helmut Penz (6000 Beschäftigte) gehandelt. Am 29. Juni soll die ursprünglich für den 29. Mai festgesetzte

Wiese geschickt. Deshalb strebt Maculan selbst eine Verwertung der gesamten Holdinggruppe an, die als weiterer Schwerpunkt neben der Bau AG auch noch die Berliner Tiefbau umfaßt. Für die Interessentensuche beauftragte er die Hong Kong Shanghai Bank. Einen Käufer konnte diese zwar (noch) nicht präsentieren, doch am gerichtlichen festgesetzten Schicksalstag für die Bau AG, dem 29. Mai, legte sie ein Angebot von 500 Mio. S für die Holding vor, von denen 400 Mio. S der Bau AG zufließen sollen. Die Gläubiger haben dem vorzeitig zugestimmt. Damit soll ein Ausgleich, d.h. die Bezahlung von 40 Prozent der Schulden, ermöglicht werden. Geht dies nicht, müßte ein Konkurs eröff-



Auch nach dem Zusammenbruch seines Konzerns ist Maculan kein armer Mann!

net werden, ist eine Bezahlungsquote von nur 20 Prozent hat. Ein Konkurs würde allerdings das umkehrbare Aus für den Maculan-Konzern bedeuten. Maculan selbst - verheiratet mit „Gräfin“ Goess - Saurau - hat allerdings persönlich ausgesetzt. Das Familienvermögen wird auf 3-4 Milliarden Schilling geschätzt. Freilich, auch in die Aussicht gestellten 500 Mrd. S sind nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die Einlösung der Ausgleichsquote von 40 Prozent würde einen Verzicht auf mehrere Milliarden Schilling durch die Banken, Versicherungen und Lieferanten erfordern. Einmalen wir uns nur daran, daß allein für die Bau AG 5 Mrd. S an Forderungen bei Gericht angemeldet wurden sind. Die Maculan Holding AG als Mutterkonzern der Bau AG kommt auf weit höhere Schulden. Als möglicher Käufer für die Hol-

zichten müßten, sollte das 500 Mio. S Angebot eine Chance haben.

Wie es auch kommt: Die Arbeiter und Angestellten waren in jeder Phase des Zerfalls des Konzerns, der seit Jänner seinen Lauf genommen hat, nur ein Spielball der Vorstände gewesen. Abwehraktionen fanden nicht statt. Die Drohung des Verlustes des Arbeitsplatzes lähmte die Belegschaft der einzelnen Betriebe. Freilich wäre es vermessend, die Betroffenen zu kritisieren. In dieser Situation liegt es näher, den Kopf einzuziehen als hinzuhelfen. Vielem hätten sie Hilfe von außen gebraucht, zuallererst von ÖGB und der AK. Die Forderung: "Keine Verschlechterungen für die Arbeitnehmer", hätte an erster Stelle stehen müssen.

Vielleicht wäre die Chancen auf einen Erfolg, d.h. auf Rettung der Arbeitsplätze nur winzig gewesen, mag man nachträglich feststellen. Doch man versuchte nicht einmal, die Chancen auszuloten, sondern gab sein Geschick in die Hände der Bankmanager und der Baunternehmer. Die Gewerkschaft hat nichts aus diesem Konflikt gelernt und wird bei der nächsten Existenzkrise eines österreichischen Baukonzerns wahrscheinlich ähnlich ratlos warten, was die Gegenseiter bzw. ihre „Sozialpartner“ machen werden.

Unter den Gläubigern Maculans sind auch internationale Großbanken - die französische Credit Lyonnais und "Chemical" - die größte US-Bank, haben mehrere hundert Millionen Schilling an Forderungen, von denen sie auf 80 bis 90 Prozent ver-

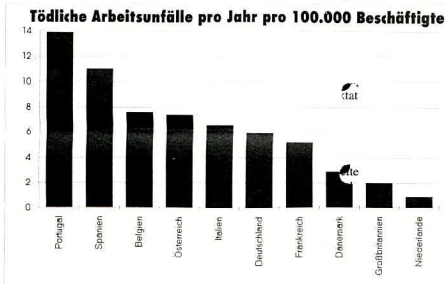
Kollabiert das Gesundheitswesen?

Im Zuge der Sparmaßnahmen hat die Regierung jetzt das Gesundheitssystem ins Visier genommen. Die Kostenexplosion müsse eingebremst werden. Aber inwieweit läßt sich Sparen im Gesundheitssystem von Sparen bei der Gesundheit trennen? Wer verdient am derzeitigen System und wer zahlt?

von **Thomas Kerschbaum, Personalvertreter, Liste KJV-U und David Mum, Ortsgruppe NO**

Die Verbreitung und Bekämpfung von Krankheiten ist auch heute kein rein technisch-medizinisches, sondern ebenfalls ein soziales bzw. gesellschaftliches Problem. Der Kapitalismus, der auf einer Ungleichverteilung von Einkommen beruht und diese verursacht, bewirkt damit auch eine ungleiche Verteilung von Lebenschancen und Zugang zu Gesundheits bzw. der Gefährdung durch Krankheit.

Am drastischsten sieht man dies in den wirtschaftlich weniger und unterentwickelten Ländern der „3. Welt“.



Das ist aber nicht allein auf den Reichtum oder die Armut eines Landes zurückzuführen. Eine wichtige Rolle spielt, ob Gesundheitsvorsorge und Krankheitsbelastung als Privatsache behandelt wird (wie größtenteils in den USA), oder ob sie als Aufgabe der Gesellschaft geregelt ist. Die WHO, die Weltgesundheitsorganisation der UNO, mußte auch feststellen, daß Armut die größte Krankheit in Nigeria oder die Pest in Indien. Auch die Cholera wütet in der 3. Welt, in zahlreichen Flüchtlingslagern, aber auch in der Ukraine, Albanien und Rumänien.

Ausbeutung macht krank
Auch in Österreich sind verschiedene soziale Gruppen in unterschiedlichem Ausmaß von Belastungen durch Krankheiten betroffen. So waren 1993 ArbeiterInnen doppelt so lange im Krankenstand wie Angestellte (19,4 bzw 10,3 Tage). Das ist auf die höhere gesundheitliche Belastung von ArbeiterInnen zurückzuführen. Deutlich sieht man das auch an den Unterschieden zwischen den einzelnen Branchen. Die Krankenstandstage pro Arbeit-

- terIn lagen 1993 bei:
- Kohlebergbau: 37,9 Tage
 - Eisenenergie: 26,6 Tage
 - Verarbeitung von Erdöl und Erdgas: 26,3 Tage
 - Erzeugung von chemischen Produkten: 26 Tage
 - Hoeh- und Tiefbau: 25,4 Tage
 - Wasserversorgung: 25 Tage
 - Verlagswesen: 25 Tage
- Unter den männlichen Arbeitern stehen Arbeitsunfälle als Ursache für die Krankenstandstage mit 16% an zweiter Stelle hinter den Krankheiten des Bewegungs- und Stützapparates. Das Unfallrisiko ist bei Arbeitern deutlich höher als bei Angestellten. 1993 kamen auf 1000 ArbeiterInnen 94 Arbeitsunfälle, die meisten passierten im Bauwesen, bei den Angestellten waren es 17. Aber auch bei Angestellten und im Dienstleistungsbereich

Ziel an sich, sondern als Voraussetzung für die Verwendung der Arbeitskraft in Form von Lohnarbeit gesehen. Die Krankenversicherung schützt in Österreich 99% der Bevölkerung. Die Sozialversicherung unterscheidet sich von kommerziellen Versicherungen dadurch, daß sie sich nicht an der Risikowahrscheinlichkeit (einer Krankheit) orientiert. Außerdem keine Sozialversicherung im Gegensatz zur Individual- oder Privatversicherung weder Risiko- noch Leistungsansprüche. Die Leistungen beruhen auf Rechtsansprüchen und sind normiert. Das Versicherungsmonopol ist unent-

behrlich, wenn neben den reinen Absicherungszielen auch Umverteilungsziele hinzukommen. Allerdings unterscheidet die Krankenversicherung in Österreich sehr wohl zwischen Beschäftigungsgruppen. Die gefährdeten ArbeiterInnen, die also auch stärkeren Belastungen ausgesetzt sind, zahlen einen höheren Krankenversicherungsbeitrag (3,95% im Gegensatz zu 3,4% der Angestellten). Und die Gewerkschaft schlägt mit den Uniernehmern im Sozialpartnergattachten eine Beitragshöhung für die PensionistInnen vor!
Auf der Einnahmenseite belastet die Sozialversicherung aber wegen der proportionalen Ausgestaltung (d.h. unabhängig von der Einkommenshöhe) jeder Zahl den gleichen Prozentsatz und das nur bis zur sogenannten Höchstbemessungsgrundlage) die niedrigen Einkommen relativ stärker.
1994 lagen die Gesundheitsausgaben mit 220 Mrd. ÖS doppelt so hoch wie 1985, damals lag ihr Anteil am

Für Krankenschwestern steigt der Arbeitsdruck.
Das staatliche Gesundheitssystem stellt grundsätzlich einen enormen sozialen Fortschritt dar, der gegen alle als Reformvorschläge getrimmte Abbauversuche verteidigt werden muß. Ziel des Gesundheitssystems ist nicht nur, Leben zu erhalten, sondern auch die Arbeitskraft der Menschen, die im Erwerbsleben stehen, möglichst schnell wiederherzustellen. Es wird mit anderen Worten Reparaturarbeit geleistet, wo in vielen Fällen betriebliche oder medizinische Vorsorge nicht stattfindet. In der kapitalistischen Profitwirtschaft wird Gesundheit über weite Strecken nicht als

BIP bei 8,1%, 1994: 9,7% - davon sind rund zwei Drittel öffentliche Ausgaben. 90 Milliarden werden für den Spitalsektor aufgewendet, dessen Kosten in den letzten Jahren jähr-

Selbsthalte und die F für ein „flexibles“ Modell, in dem man zwischen niedrigeren Beiträgen und hohen Selbsthalten und hohen Beiträgen und niedrigen Selbsthalten wählen

Wir werden nicht zulassen, daß sich sozial Schwächere keinen Arzt mehr leisten können.

Große Versprechen vor der Wahl!

lich um 10-12 Prozent zugenommen haben.

Steigende Kosten des Gesundheitssystems

Den Krankenkassen fehlen heuer vier und nächstes Jahr sechs Milliarden Schilling. Um die Finanzierungsproblematik in den Griff zu bekommen, fallen den Parteien auf der Einnahmenseite nur Maßnahmen ein, die sozial Schwache wesentlich härter treffen.

Sozialer zwischen SPÖ und ÖVP zwar noch Unterschiede, wie die fehlenden Milliarden durch Einnahmen hereingebracht werden sollen, aber die „Sozialpartner“ haben bereits ein umfangreiches Kürzungs- und Belastungsprogramm erarbeitet (siehe Kosten). Diskutiert wird bei der Wiener Gebietskrankenkasse die Verringerung des Krankengeldbezuges von derzeit 78 bis auf das gesetzliche Mindestmaß von 26 Wochen !!! (bei ASVG). Kürzungen bei verschiedenen Behandlungen und Selbsthalten.

In den Spitalern und Gesundheitseinrichtungen stehen auch Leistungs-kürzungen und Preiserschönerungen ins Haus. Außerdem verschärfen sich Arbeits- und Ausbildungsbedingungen sowie Löhne der Beschäftigten in den Gesundheitseinrichtungen. Andererseits sind bei der Mutter-Kind-Pa-Untersuchungen und Gesundheitsuntersuchungen die ärztlichen Honorare deutlich überhöht.

Die SP tritt für höhere Beiträge und Rezeptgebühren ein, die VP für

ken. Wenn sich also jemand keine hohen Beiträge leisten kann, müssen dafür höhere Selbsthalte bezahlt werden, was in ärmeren Bevölkerungsschichten zu einer medizinischen Unterversorgung führen würde.

Das ist auch deswegen gefährlich, weil sich ein Zusammenhang zwischen der sozialen Schicht und der subjektiven Wahrnehmung von Krankheiten und Beschwerden zeigt. Sozial Schwache weisen eine geringere Inanspruchnahme von Fachärzten und Krankheitsfrüherkennungsprogrammen auf.

Nein zu Selbsthalten

Höhere Selbsthalte und Rezeptgebühren sind Maßnahmen, die einstig die ArbeitnehmerInnen als Kunden belasten, während die Dienstgeberbeiträge gleich bleiben. Und innerhalb der ArbeitnehmerInnen werden die mit niedrigerem Einkommen von den einkommensunabhängigen Selbsthalten und Rezeptgebühren natürlich viel stärker belastet. Besonders die ÖVP und die Wirtschaftskammer wollen eine flächendeckende Einführung von Selbsthalten.

Aber auch die SPÖ-Wien will einen Selbsthalt für die Ambulanzen der Spitäler, SPÖ und ÖGB-Führung unterstützen auch die vielen Selbsthalte bei Kuren, Krankheitsbehandlungen, Heilbehelfen, das Taggeld im Spital, die Medikamentengebühr etc.

Die Liberalen treten langfristige für eine Versicherungspflicht bei freier Wahl des Versicherungsträgers statt der jetzigen Pflichtversicherung ein. Doch das Resultat vom Wettbewerb verschiedener Versicherungsträger wären höhere Verwaltungskosten. Ausgeschlossen werden kann also, daß die gleiche Leistung für gleiches oder gar weniger Geld erbracht werden würde. „Draufzahler“ wären Personen mit niedrigerem Einkommen und höherem Krankheitsrisiko.

Leistungsorientierte Krankenanstaltsfinanzierung (LKF)

Die LKF soll das jetzige, sicherlich nderungsbedrfrige Spitalfinanzierungssystem ersetzen. Doch der konkrete Vorschlag bringt Gefahren und Nachteile mit sich. Momentan werden dem Krankentrager pauschalierte Pflgeleistungen und nicht die tatsächlich erbrachten Leistungen abgebol-

ten. Da nun aber die einzelnen Pflgetage unterschiedliche Kosten verursachen, bringt die Verlängerung der Aufenthaltsdauer aber die kostenintensive Phase einen Gewinn für den Krankentrager. Das erhöht aber insgesamt die Kosten des Gesundheitssystems drastisch. Jetzt sollen die Leistungen bezahlt werden, wobei aber unklar ist, wie diese bewertet werden sollen. Einen Marktpreis gibt es nicht, also sollen ausgehandelte Durchschnittspreise für eine bestimmte Diagnose gebildet werden. Die Gefahr dabei besteht darin, daß unter Druck der Geldknappheit des

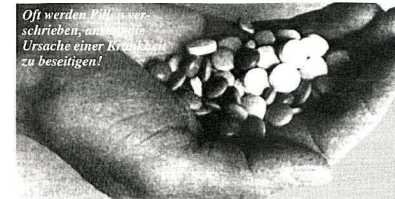
Die Pharmaindustrie sichert sich ihre Profite durch unerhöbte Gewinnschancen, die von den Krankenkassen bezahlt werden. Medikamente sind in Österreich um bis zu 54% teurer als in Bayern. Statt über höhere Beiträge die ArbeitnehmerInnen zu belasten und die Pharmaindustrie weiter mit Geld zu füttern, müssen die Preise drastisch gesenkt werden!
Die Vereinigung der Pharmaindustrie, „Pharmig“, gibt sich jedoch nichtsmersatt und fordert die Selbstmedikation, also für eine Reihe von Medikamenten den Verkauf ohne ärztliche Beratung. Jetzt sind unge-

sichtlich, daß bei notwendigen Therapien gekürzt wird. Viele Patienten klagen auch über eine schikane Behandlung. Es ist wie bei den Untersuchungen für die krankheitsbedingte Fröhprision: Die Patienten kommen als Bittsteller und sehen sich einer Bürokratie gegenüber, gegen die sie keine Handhabe besitzen. Die SV stehen offiziell unter „Selbstverwaltung“ von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter - aber die ArbeitnehmerInnen haben tatsächlich über den ÖGB keine Möglichkeit zur Mitbestimmung.

Wirtschaftskammer will Privatisierung

Aber die Privatisierung und Deregulierung des „Gesundheitsmarktes“ führt nur zu mehr Profit für die Kapitalisten und die zahlreichen Scharlatane. So manche Ärzte mit eigener Praxis, Apotheken und die Pharmaindustrie bedeuten die Not und die Angst der Bevölkerung aus.

Die Gesundheit ist für die Menschen derzeit wichtig, daß alle möglichen Opfer gebracht werden. Der private Markt taugt nicht für die Krankheitsverhütung und -behandlung, die sehr sensible Bereiche sind. Es gibt eine Vielzahl von Methoden und Schulen. Die Rechte der PatientInnen müssen daher verstärkt ausgebaut werden. In allen Gesundheitseinrichtungen muß der Einfluß der Privatwirtschaft zurückgedrängt werden. Alle Gesundheitseinrichtungen sollten in ein staatliches Netz eingebunden werden, das einerseits eine soziale Gesundheits-



Öft werden Medikamente verschrieben, um die Ursache einer Krankheit zu beseitigen!

öffentlichen Sektors der Preis für die Diagnosen für die öffentlichen Krankenhäuser möglichst niedrig angesetzt wird und die Leistungen im Krankenhaus für Kassenpatienten reduziert werden. Außerdem gibt die SV System die Gefahr in sich, daß der Trend zu häufigen Operationen verstärkt wird und die Patienten zu früh entlassen werden. Die Krankenhäuser können die Kosten über zwei Schienen senken: Personal und Geräte. Der Druck, Billigvarianten an Diagnose- und Therapieverfahren auszuwenden steigt, da dem Krankenhaus ja nicht die Leistung, sondern der nicht ausgehandelte Diagnosepreis erstattet wird. Damit stellt die Tür für eine Zwei-Klassenmedizin offen.

Profiteur Pharmaindustrie

Chefarzt-Pflicht

Sind Spitäler unfinanzierbar?

Der Hauptverband der SV-Träger hat für zahlreiche Behandlungslinien zusätzlich die Chefarzt-Pflicht eingeführt. Darunter sind z.B.: Ergotherapie, Physiotherapie, Psychotherapie, Sterilisation, Schwangerschaftsabbruch. Ausgenommen sind Akutfälle und die ersten Behandlungen. Die Chefarzt-Pflicht ist eine Maßnahme der Bürokratie zum Abbau der Anfallszahlen für eine Therapieform. Die PatientInnen sollen durch bürokratische Hürden davon abgehalten werden, bestimmte Leistungen in Anspruch zu nehmen. Gestraft wird bei der Krankheitsverhütung, obwohl rechtzeitige physiotherapeutische Behandlung zum Beispiel eine Operation verhindern kann. Unser Gesundheitssystem tritt im wesentlichen erst in Kraft, wenn ein Mensch bereits krank ist - für Vorbeugung und Verhinderung wird wenig getan. Nicht die Ursachen, sondern meist nur die Symptome werden bekämpft. Die Chefarzt-Pflicht heißt tat-



Proteste des Pflegepersonals wegen schlechter Arbeitsbedingungen.

planung leisten kann, demokratische Rechte von Beschäftigten und PatientInnen berücksichtigt und andersseits die Produktion, Betreuung, Verteilung sowie Kosten und Leistungen kontrolliert.

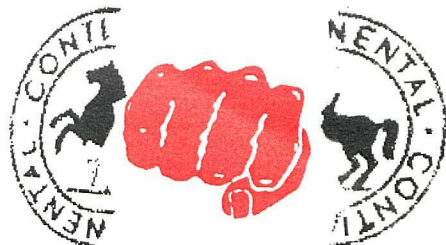
Gesundheit für alle!

Spitalfinanzierung, Betreuung der älteren Menschen, Psychotherapie, Gesundheitsförderung und ArbeitnehmerInnenschutz im Betrieb - überall zeigt sich, daß die kapitalistische Marktwirtschaft nicht fähig ist, eine flächendeckende und gerechte Versorgung und Betreuung für alle anzubieten. Die Kapitalisten wollen nur die Arbeitskraft der ArbeitnehmerInnen halbwegs reparieren, wir aber wollen mehr: Gesundheit für alle! Niemand bezweifelt, daß die Sozialversicherungen pleite sind, aber dieses Phänomen kann nicht losgelöst von der sozialen und politischen Entwicklung gesehen werden. Die Steuerleistung der Kapitalisten und Reichen ging rasant zurück aufgrund der Steu-

„Sparpaket“ der Sozialpartner

Empfehlungen des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen (Arbeitsgruppe „Gesundheitspolitik“) für Maßnahmen im Gesundheitswesen

- Die „Sozialpartner“ (Wirtschaftskammer, Bundesarbeitskammer, ÖGB und die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern) haben in einem im März 1996 veröffentlichten Bericht ihre „Sparmaßnahmen“ und Leistungs-kürzungen festgehalten. Die ÖGB-Führung unterstützt den vorgeschlagenen Sozialabbau - mit der Begründung, das bestehende System der gesetzlichen Krankenversicherung zu verteidigen und zu verbessern.
- Einige Vorschläge der „Sozialpartner“:
- „Im Bereich der Medikamente wäre die Einführung eines gestaffelten, insgesamt erhöhten Selbsthaltbezuges nach Packungsgröße des Medikaments oder therapeutischer Wertigkeit (z.B. lebensstretend/hohe Wertigkeit/ Alltagsbewernden) überlegen zum Beispiel eine Operation verhindern kann. Unser Gesundheitssystem tritt im wesentlichen erst in Kraft, wenn ein Mensch bereits krank ist - für Vorbeugung und Verhinderung wird wenig getan. Nicht die Ursachen, sondern meist nur die Symptome werden bekämpft. Die Chefarzt-Pflicht heißt tat-
- Streichung des Ersatzes von Reisekosten, allenfalls Zuschüsse aus dem U-Fonds.
- Prüfung der Auslagerung versicherungsfremder Leistungen aus der sozialen Krankenversicherung an andere Träger (z.B. Familienleistungsausgleich) unter Vermeidung einer zusätzlichen Dienstgeberbelastung (Mutterschaftsleistungen, beitragsfreie Mitversicherung).
- Begrenzung der Bemessungsgrundlage für das Wochengeld mit der Höchstbeitragsgrundlage und Schaffung einer Wartezeit von 6 Monaten.
- Kostenersatz bei WahlärztInanspruchnahme nur mehr 80 Prozent
- der Kosten für einen Vertragsarzt. Die Kostenentscheidung bei Inanspruchnahme von Spitalambulanz, sobald der Patient im niedergelassenen Bereich ein gleichwertiges Angebot vorfindet, d.h. Schaffung von Anreizen, um die jeweils kostengünstigste Form medizinisch gleichwertiger Behandlung zu gewährleisten.
- Einführung einer gestaffelten, insgesamt erhöhten Rezeptgebühren je nach Packungsgröße des Medikaments oder nach deren Wertigkeit (Wertigkeit).
- Streichung der beitragsfreien Mitversicherung von Ehepartnern (Lebensgefährten), die kinderlos sind oder keine Pfliedestante leisten (einkommensbezogener Beitrag), die freiberuflich tätig sind oder die auf Grund ihrer Tätigkeit an sich eigener gesetzlicher Pflversicherung in der Krankenversicherung unterliegen würden.
- Berücksichtigung der Eigenverantwortung bei der Neufestsetzung des Spitalkostenbeitrages.
- Verbesserung der Koordination und der Effizienz von Rettungsdiensten.
- Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge der Pensionisten.
- Einführung einer geringfügigen, zweckgebundenen Abgabe auf gesundheitsschädliche Güter für Präventionsmaßnahmen.“



Semperit: Arbeitnehmer zahlen drauf!

Nach den Ereignissen rund um die drohende Auslagerung der SEMPERIT-PKW-Reifenproduktion nach Tschechien (siehe VORWÄRTS Nr. 64, Mai 96), berichten wir über die weitere Situation in Traiskirchen.

von M.B.
ehemaliger
Semperit-Angestellten

langfristig das Aus für Traiskirchen bedeutet. Doch nun gibt's Entwarnung. So scheint's.

Betriebsrat als Sparefroh?

Im April platzte die Bombe: Der Vorstand der deutschen Continental AG plant, die PKW-Reifenprodukti-

Das Werk, so Conti, werde fortbestehen, falls die "notwendigen" 400

Ein weiterer Grund für das SEMPERIT-Desaster waren die Folgen des EU-Beitritts. Das Werk Traiskirchen funktionierte auf der Basis von Gegengeschäften mit Japan. Japanische Autos wurden mit niedrigen Zöllen nach Österreich importiert. Der günstige Zollsatz war aber im Gegenzug an die Abnahme von SEMPERIT-Reifen gebunden. Durch den EU-Beitritt war diese Praxis nicht mehr möglich. Zum Vergleich: 1991 wurden noch ca. 2,5 Millionen Reifen nach Japan geliefert, 1995 waren es nur mehr 350.000, heuer kaum 200.000! Vor der EU-Abstimmung, in der Hütze der Propaganda-Schlacht, hörte man im Werk Traiskirchen von alledem kein Wort.

on von Traiskirchen nach Tschechien zu verlegen. Das hätte den Verlust von 1500 Arbeitsplätzen und

schaft zum "Einsparen" signalisiert. O-Ton: "Laßt uns selbst Ideen einbringen...". Die "Einsparungen" bis-

her: Streichung von Werksbuslinien und der Gratismilch, Zusperrungen der Verkaufsstandorte Innsbruck, Graz und Linz. Auch vom Verzicht auf das Weihnachtsgeld wurde schon gesprochen. Genauer "studiert" werden müßten noch die Möglichkeiten der Arbeitszeitflexibilisierung; und last but not least: 550 Kündigungen. Bei denen sind sich Betriebsrat und Semperit-Vorstand noch uneinig, ob diese bis zum Jahre 2003 (Betriebsrats-Variante) oder sofort (Vorstands-Variante) ausgesprochen werden. In der Mitte wird man sich wohl treffen.

Statt der Belegschaft reinen Wein einzuschenken, und unverzüglich Kampfmaßnahmen einzuleiten, ist die scheinbar einzige Aufgabe des Betriebsrats, Einsparmöglichkeiten zu suchen - auf dem Rücken der MitarbeiterInnen. Und das, nachdem SEMPERIT 400 Millionen Schilling an Dividende für 1995 an Conti abgeliefert hat. Und Conti auch nach erfolgten Einsparungen keine Standortgarantie abgeben wird.

Conti-Strategie

Semperit ist der eindeutige Rationalisierungsverlierer der Strategie des Conti-Vorstandes zur Gewinnmaximierung durch drastische Kosteneinsparungen. Der Conti-Vorstand will die Produktion nicht in Billiglohnländern verlagern, weil sie sich die west-europäischen Lohnkosten nicht mehr leisten konnte. Vielmehr ist die Conti gezwungen, so viel als möglich Extraprofite durch Ausbeutung der Beschäftigten in sog. "Billiglohnländern" herauszuholen, um Investitionen tätigen zu können. Diese Investitionen sind unumgänglich, will man im extremen Konkurrenzkampf, der im Reifengeschäft herrscht, bestehen können.

Der Conti-Vorstand versucht, ArbeitnehmerInnen als bloße Kostenfaktoren gegeneinander auszuspielen. An allen Standorten Europas. Um einen Gegenpol zu bilden, wurde von Betriebsräten des Konzerns das sogenannte "Europa-Forum" gegründet. Vom Grundgedanken her ein wunderbares Instrument zur Durch-

Cheftage:
Ihre Zukunft ist nicht in Gefahr



setzung von konzernweiten und standortübergreifenden ArbeitnehmerInneninteressen. Die Praxis sieht leider anders aus. Es wird nach wie vor auf die "eigener-Standort-zuerst-Karriere" gesetzt.

Wo bleibt der ÖGB?

Auch der ÖGB hat sich vollständig der Konkurrenz- und Standortlogik der Multis unterworfen. Er hat kein eigenes Konzept und vertritt offensichtlich die Notwendigkeit, den eigenen Standort durch Investitions- und Produktivitätsschübe abzusichern. Die Gewerkschaftsbürokratie kommt den Forderungen des Kapitals schrittweise, aber stetig, entgegen. Für zwei-

Höhere Kraft?

Die Verantwortung für Massenarbeitslosigkeit und Werkschließungen tragen die Kapitalisten! Die ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung muß ihre Funktion wieder darin sehen, die Konkurrenz der Lohnabhängigen durch ihren organisierten Zusammenschluß Stück für Stück aufzuheben.

Solidarität ist daher nicht nur ein moralisches Prinzip, sondern lebensnotwendig. Die Zukunft der Gewerkschaften ist international. Der zunehmenden Globalisierung des Kapitalismus muß eine Strategie entgegen gesetzt werden, die nicht auf nationale oder regionale (EU) Absicherung der kapitalistischen Wirtschaft setzt.

Aufgabe der Gewerkschaft ist es, den Kampf zu organisieren

Der Kampf gegen die geplanten 550

Vor einigen Wochen erst stoppte das europäische Kartellgericht (die EU) eine Annäherung zwischen den "Erzfeinden" MICHELIN und Continental. Der Michelin-Konzern ist der weltweit größte Reifenproduzent, Conti belegt Platz vier. Eine Annäherung der beiden Reifengiganten bis hin zur Fusion wäre die logische Konsequenz im Reifengeschäft gewesen. In einem der härtest umkämpften Märkte der Welt läßt sich schon seit Jahren der Trend zu immer größeren Zusammenschlüssen, und so zu immer mächtigeren Multis beobachten.

felthafte Arbeitsplatz- und Standortgarantien (Bei Semperit nicht einmal das!) ist sie zu allen Schandtaten bereit.

Zur Schließung der Forschungsabteilung und deren Auslagerung nach Deutschland schrieb der "Chemiearbeiter", Organ der Gewerkschaft der Chemiearbeiter: "Bedauerlich, daß es nicht gelang, die Abteilung "Forschung & Entwicklung" am Standort Traiskirchen zu erhalten... Wir haben alles versucht, doch mußten wir uns einer höheren Kraft beugen", so Betriebsratsvorsitzende Neubauer (Nr. 5, Mai 96).

Kündigungen wäre der erste Schritt zur Rettung des Traiskirchner Werkes. Nur indem sich die Belegschaft unabhängig vom Conti-Kapital zu definieren beginnt, kann sie dem Werk eine neue Überlebenschance geben.

Eine Zukunftsperspektive kann es nur ohne Conti geben, nicht aber gemeinsam mit dem Multi. Die logische Konsequenz wäre eine Enteignung der Conti. Die von Höger und der Niederösterreichischen SPÖ angekündigte Besetzung des Werkes, um einen Abtransport der Maschinen zu verhindern, bekommt nur so einen Sinn.

Kein ruhiges Hinterland

Vom 8.7 bis 14.7.96 findet in Krems/Donau das Bundesturnfest des Österreichischen Turnerbundes statt. Wie schon 1986 müssen wir auch diesmal mit einer Woche des Deutschnationalismus und Rassismus rechnen.

Martin R., JRE-Wien Ost

Nicht umsonst wird der ÖTB vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (DÖW) als "dank ihrer Mitgliederzahl, ihrer organisatorischen Verankerung in ganz Österreich und ihres Ansehens mit Abstand wichtigste Organisation des Deutschnationalismus und Rechtsextremismus" eingestuft.

Die Einordnung als rechtsextreme Organisation begründet das DÖW mit dem Selbstverständnis ("Jahnesches Turnen"), den Verbindungen, dem ideologisch fundierten Funktionärskader ("Dietwarte") sowie den ideologisch eindeutig positionierten Publikationen und Organen des ÖTB.

Kein Wunder also, daß 1986 neben harmlosen Sportinteressierten (die den größten Teil der ÖTB-Mit-

glieder ausmachen), überzeugte Deutschnationalisten und Rechtsextremisten auch bekennende Nationalsozialisten (Küssel, Schimaneck) durch die Kremser Landstraßen marschierten. Da eine Mobilisierung durch zahlreiche deutschnationale Burschenschaften zu erwarten ist, und auch Nazi-Gruppen wie 1986 durch die Straßen von Krems ziehen werften, ist unsere Mobilisierung mehr als notwendig.

Die Vorbereitungsstreffen dazu finden jeden Freitag in der Pernerstorfergasse 42 um 19 Uhr statt. Unter 521 25/242 könnt ihr ab 28. Mai jeden Di und Do zwischen 16 und 18 Uhr die notwendigen Infos einholen.

Für Jugend gegen Rassismus in Europa und die SOV ist es klar, diese Plattform gegen den ÖTB aktiv zu unterstützen.

